

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	52 (1960)
<b>Heft:</b>	9
<b>Artikel:</b>	Ueber den Weg der Mitte : die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit [Schluss]
<b>Autor:</b>	Rimensberger, E.F.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-353947">https://doi.org/10.5169/seals-353947</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES  
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 9 - SEPTEMBER 1960 - 52. JAHRGANG

## Ueber den Weg der Mitte:

### Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit

(Schluß)

#### *IV. Alte Wege, neue Ziele*

Der obige Titel hätte auch lauten können «Alte und neue Ideologien». Es ist jedoch heute nahezu gefährlich, von Ideologie zu reden. Man wird bei der Erwähnung des schönen Wortes, das an Ideen und Ideale erinnert, so verdächtig wie das Wort selber. Von links bis rechts will man nichts mehr von Ideologien wissen. Ehrwürdige Parteiprogramme werden in diesem Sinne abgeändert. In tiefsinngigen Kolloquien wird das arme Wort abgewertet und unter Beteiligung von Leuten aller Richtungen zu Grabe getragen. Ideologien sind, so heißt es, «unwahre, halbwahre und unvollständige Gedankengebilde». Leute lehnen in reichlich theoretischer Weise im Namen der Objektivität alle Ideologien ab, weil Ideologien Anspruch auf objektive Geltung und theoretische Begründung erheben. Pragmatismus und politischer Realismus sind Trumpf: die Ideologie der Nichtideologie. Gegner von Ideologien werfen allerdings gleichzeitig andern Gegnern vor, daß «geistige Prinzipien» trotzdem nötig seien. Sozialisten, die von Christlichsozialen gelobt werden, weil sie die Entideologisierung der Parteiprogramme vorgenommen haben, werden von den gleichen Leuten mit einem gewissen Recht darauf aufmerksam gemacht, daß es ohne «weltanschauliche Fundierung» nicht gehe. Es wird ihnen vorgehalten, daß die Entwicklung zum Pragmatismus nicht ohne Nachteile und Gefahren sei, daß man in den neuen Parteiprogrammen der Sozialisten «die Begründung des Sozialismus vermisste», daß die in verschiedenen Ländern von der Sozialdemokratie gutgeheißenen neuen Parteiprogramme in der Luft hängen, daß das ideologische Vakuum, das durch die Preisgabe der in sich geschlossenen Ideologie des Marxismus entstand, nicht ausgefüllt wurde, daß auf Leitideen ideologischer Natur nicht ganz verzichtet werden könne.

Als Erwiderung auf die oben wiedergegebenen, ein wenig sophistischen und zweckbestimmten Formulierungen über den Sinn und die Bedeutung des Wortes Ideologie darf vielleicht gesagt werden, daß es auch ganz einfache, von der heutigen «Politik» unbelastete Definitionen des Wortes Ideologie gibt. Ideologien sind, wie zum Beispiel das offizielle deutsche Wörterbuch von Duden u. a. sagt, «Gedankengut» oder, wie ein altes Lexikon ausführt, «Lehren von Ideen, die in eine bestimmte Richtung deuten». Es gibt demnach, wenn man die Sache nicht komplizieren will, gar keinen wesentlichen Unterschied zwischen «geistigen Prinzipien», «weltanschaulich fundiertem Verhalten» und Ideologien.

Die Ideologien sind erst anrüchig geworden durch den Absolutheitsanspruch und die Ueberheblichkeit moderner Ideologen von ganz rechts und von ganz links. Was den Sozialismus betrifft, so gab es früher nebeneinander sehr verschiedenartige Ideologien und Ideologen, die in einem edlen und kameradschaftlichen Wettstreit standen und das gleiche Ideal anstrebten, nämlich die politische Gleichberechtigung und die wirtschaftliche Gerechtigkeit. Gegen diesen schönen und demokratischen Zustand erhob sich Karl Marx, indem er nur noch *eine* Ideologie gelten ließ: die seinige. Sie war so absolutistisch und autoritär wie er selber, so absolutistisch und autoritär wie die späteren Gegenideologien, jene des Faschismus und Nationalsozialismus. Als man unter der Wucht des Anschauungsunterrichts der faschistischen Ideologien den Marxismus preisgab, trat tatsächlich ein Vakuum ein. Marx hatte seine Arbeit der Ausschaltung anderer sozialistischer Ideologien so gründlich geleistet, daß man sich heute da und dort des übrigen sozialistischen Gedankenguts nicht mehr entsinnt, ja nichts mehr von ihm wissen will. So konnte seitens der Gegner des Sozialismus der Vorwurf entstehen, daß sich der Sozialismus selber preisgab. Es handelt sich jedoch nur um Vergessenheit. Wie sehr man sich dabei vergessen kann, zeigte kürzlich eine Besprechung eines Buches des englischen Sozialisten *Strachey*. Strachey kommt darin u. a. zum Schluß, daß «ein wachsendes und von Leben erfülltes Lehrgebäude (also eine Ideologie, d. V.) tatsächlich ein unerlässlicher Faktor der erfolgreichen sozialen Wandlung ist». Dessenungeachtet sagt der antiideologische Buchkritiker: «Was das Buch von Strachey *besonders wertvoll* macht, ist die Tatsache, daß es sich von moralischen Zielsetzungen und sozialen Idealen fernhält.»

Der freiheitliche Sozialismus, der die Antwort auf den autoritären und diktatorialen Sozialismus sowie die Antwort auf Faschismus und Nationalsozialismus ist, braucht keine Verlegenheitslösung zu sein. Er hängt nicht in der Luft, bzw. er braucht nicht in der Luft zu hangen. Seine «weltanschauliche Fundierung», seine «geistigen Prinzipien», das heißt seine Ideologie, wurzeln in den besten Traditionen des Sozialismus. Es geht lediglich darum, den Anschluß

an die guten Traditionen wieder zu finden, die Bruchstelle zwischen den freiheitlichen Traditionen und dem Marxismus aufzudecken und dort anzuknüpfen. Es gibt zahlreiche solcher Anknüpfungspunkte, die bei den klassischen Vorkämpfern des freiheitlichen Sozialismus im Rahmen des Ideenkampfes in Erscheinung traten, der schon vor mehr als 100 Jahren stattfand. Für *Proudhon* gehörte «jedes Streben für eine bessere Gesellschaftsordnung zum Sozialismus». Wie andere vor- und nachmarxistische Sozialisten wollte *Proudhon* einen Mittelweg finden «zwischen dem Wirtschaftsliberalismus und dem Kommunismus». «Für den Marxismus», sagte *Proudhon*, «ist der Mensch nur Materie. Er vergißt, daß der Mensch ein geistiges und ein materielles Prinzip verkörpert, daß er aus einer Seele und einem Körper besteht». *Proudhon* und seine Anhänger waren, wie viele andere Sozialisten der alten Schule, gegen «starre und vorgefaßte politische und wirtschaftliche Dogmen». Sie waren gegen die Gewalt und für die Freiheit. Sie waren nicht gegen den Kollektivismus an sich, sondern, wenn schon, für einen humanistischen Kollektivismus. In einem der «ideologischen» Briefe von *Proudhon* an Marx heißt es: «Kein Appell an den Aufruhr, keine Bartholomäusnacht gegen die Besitzenden, jedoch fortgesetzte Reformen wirtschaftlicher Natur». Im entscheidenden Brief, in dem *Proudhon* mit Marx brach, wird in diesem Zusammenhang u. a. ausgeführt:

«Suchen wir miteinander nach den gesellschaftlichen Gesetzen, nach der Art, wie diese Gesetze entdeckt werden. Nachdem wir jedoch alle vorgefaßten Dogmen vernichtet haben, wollen wir nicht unsererseits das Volk in doktrinäre Fesseln legen. Fallen wir nicht in die Widersprüche Ihres Mitbürgers Luther, der, nachdem er die katholische Theologie gestürzt hatte, sich sofort mit großen Exkommunikationen und Bannflüchen an die Begründung einer protestantischen Theologie machte.» ... «Bereiten wir der Menschheit nicht neue Sorgen durch ein neues Chaos. Ich stimme von ganzem Herzen Ihrer Absicht zu, allen Meinungen Raum zu geben. Treten wir in eine gute und loyale Polemik ein, geben wir der Welt das Beispiel einer weisen und überlegenen Toleranz. Treten wir jedoch nicht als Führer einer neuen Intoleranz auf, weil wir an der Spitze der Bewegung stehen. Werden wir nicht die Apostel einer neuen Religion, auch wenn diese Religion die Religion der Logik und der Vernunft wäre. Nehmen wir alle Proteste entgegen, ja ermutigen wir sie. Treten wir auf gegen alle Ausschlüsse und jeglichen Mystizismus. Betrachten wir nie eine Frage als völlig gelöst. Beginnen wir, wenn nötig, mit Beredsamkeit und Ironie, eine neue Debatte, wenn wir unser letztes Argument ins Feld geführt haben. Unter dieser Bedingung werde ich mit Vergnügen Ihrer Vereinigung beitreten, sonst jedoch nicht!»

*Proudhon* vertrat allzeit den Standpunkt, daß die Wahrheit ein Resultat des freien Austausches von Ideen sein soll. Sein Eintreten für die Toleranz war auf einem rationalistischen Optimismus begründet. Dies ist die Ideologie *Proudhons*,

die Ideologie des freiheitlichen Sozialismus, bei der es keine Ideologie zu verleugnen gibt! Denn, dies muß man sich einprägen, ohne Ideologie, ohne Ziele, die über das Nächstliegende hinausreichen, gibt es keinen geistig und politisch dauerhaften Aufstieg und Erfolg. Dies ist besonders heutzutage der Fall, da es um höchste geistige Anliegen geht. Ideen können letzten Endes nur mit Ideen bekämpft und überwunden werden. Wenn wir den Kommunisten vorwerfen, die kommunistische Lehre sei ein politischer Mythus in scheinwissenschaftlichem Gewande, und wenn wir sagen, es sei die Aufgabe der Sozialdemokratie, die wissenschaftliche und philosophische Hohlheit dieses Mythus aufzuzeigen, so muß philosophische Hohlheit durch geistige, das heißt ideologische, Substanz ersetzt werden. Dann brauchen sich die Sozialisten nicht, wie dies kürzlich seitens einer sozialistischen englischen Zeitung geschah, vorwerfen zu lassen, daß sie keine Marxisten mehr sein wollen, aber nicht den Mut haben, etwas anderes zu sein.

Da es, wie schon *Archimedes* sagte, einen festen Punkt braucht, wenn man die Welt aus den Angeln heben will, so bedarf es auch eines festen Punktes, wenn man die Welt politisch und wirtschaftlich grundlegend ändern will, was doch die Sozialisten heute wie gestern tun wollen. Es darf nicht so sein, wie es sich kürzlich ein sozialistischer deutscher Realpolitiker ausdachte, der den Zweck des neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie folgt umschrieb: «Um nach 12jähriger Opposition die politische Macht zu erringen, ist mit bemerkenswerter Entschlossenheit gegen den linken Flügel ein Programm durchgesetzt worden, das, frei von früherer ideologischer Belastung, im Falle eines Wahlerfolges eine pragmatische Regierungspolitik ermöglichen soll.»

Daß die Entideologisierung zu begrifflichen Unsicherheiten führen kann, zeigt sich in entscheidenden Anliegen des freiheitlichen Sozialismus. In der dem Parteitag vom 28. Juni 1959 unterbreiteten Fassung des neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) wird mit erstaunlicher Großzügigkeit gesagt, daß «die liberale Bewegung seinerzeit in der Folge der Französischen Revolution den Gedanken der politischen Gleichberechtigung und Freiheit verkündete» und daß «die Sozialdemokratie die Ideen des Liberalismus übernommen habe». Im endgültigen Text wird dieser Irrtum wie folgt korrigiert: «Die Ideen und Forderungen der großen Französischen Revolution, „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, sind vom Liberalismus übernommen worden. Der Liberalismus hat aber diese Ideen nur teilweise verwirklicht.» Auch diese Fassung ist nicht richtig und zeugt überdies von klassenmäßigen Vorurteilen. Die Freiheit wird nämlich von keiner Klasse und keiner Regierung je ganz verwirklicht werden können. Die volle Freiheit war zu allen Zeiten Wunsch und Aspiration der Menschheit; sie wird es zu allen Zeiten bleiben. Die Französische Revolution und ihre Denker haben

die Freiheitsforderungen ihrerseits übernommen, so u. a. von den gar nicht liberalistischen amerikanischen Pionieren und ihren Denkern. Die Freiheitsforderungen und der Freiheitsbegriff standen schon bei den alten Griechen auf der Tagesordnung. So ging zum Beispiel *Epikur*, der noch heute als Prediger leichten Wohllebens angeprangert wird, obwohl er für *vergeistigte Lust* und überdies der Ansicht war, daß üppige Lust den Seelenfrieden zerstöre, in verschiedener Hinsicht weiter als die Ideologen der Französischen Revolution und des Liberalismus. Er kann von freiheitlichen Sozialisten mit besonderem Recht als Kronzeuge angerufen werden. Er war gegen platten Determinismus, gegen die «Verewigung allgemeiner Ideen». Er war einer der ersten Vorkämpfer der Willensfreiheit. Zu einer Zeit, als die Sklaverei noch eine Selbstverständlichkeit war, sagte er, «daß der Mensch, um glücklich zu sein, frei sein müsse». Er war für Friede und Sicherheit: «Sicherheit ist Gerechtigkeit.» Er war gegen bloße Rhetorik und Dialektik, die damals die Grundlagen der konventionellen Philosophie bildeten. Er akzeptierte Frauen in seiner Schule. Krieg und Armut, sagte er, können durch rationelle Planung vermieden werden: «Planung und der Mangel an Planung ist der Unterschied zwischen dem Weisen und dem Narren.» Wer will da darüber streiten, bei wem der Kampf für die Freiheit seinen Anfang nahm? Wer kann sich auf Epikur berufen? Der Liberalist von heute kann sagen, die Planung sei in den Stadtstaaten Griechenlands tunlich gewesen wie heute in den Gemeinden. Der Sozialist von gestern kann sich darauf berufen, daß er nicht ein weltfremder Störenfried sein wollte, daß seine Ideologie in der klassischen Philosophie wurzelte. Ist es nicht erstaunlich, daß Marx mit seinem seelenlosen Materialismus von der sogenannten *idealistischen* deutschen Philosophie herkam, die sich dann bei ihm verhärtete und zum Absoluten krümmte? Aus seiner These und Antithese wollte er *seine* unerbittliche Synthese pressen, während wir heute erkennen (viele taten dies schon vor 40 Jahren!), daß das komplementäre, sich gegenseitig ergänzende Spiel zwischen These und Antithese die Synthese ist. Freiheitliche Sozialisten und Idealisten wie Jaurès hingegen wurzelten paradoxe Weise mit ihrem «humanen Sozialismus» im französischen *Rationalismus*. Vielfalt des Erkennens in einer vielfältigen Welt!

In den ideologisch betonten Zeiten des Sozialismus sprach und schrieb man deutlich von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, von Verstaatlichung, kommunaler Wirtschaft usw. Heute wird im Zeichen der Entideologisierung das kompromißhafte Wort Gemeinwirtschaft in den Vordergrund gehoben. Im Programm der SPS werden Genossenschaften, Selbstverwaltungskörperschaften, staatliche, kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen in die Gemeinwirtschaft einbezogen, was ohne Zweifel unrichtig ist. Die Gemeinwirtschaft in irgendwelcher Form (national, regional,

kommunal) bedeutet den *öffentlichen* Besitz im Rahmen der Nation, des Bezirks oder der Gemeinde, während eine Genossenschaft, die sicherlich schöne Ziele verfolgt, eben letzten Endes doch einen *beschränkten Kreis* erfaßt, das heißt die Interessen ihrer Mitglieder wahrnimmt, wie dies auch eine Aktiengesellschaft tut. Der Ausdruck Gemeinwirtschaft darf nicht durch solche Verquickungen vernebelt und entwertet werden. Nur dann läßt sich ohne Zweideutigkeiten zum Beispiel von der «Ueberführung monopolistischer Unternehmungen ins Gemeineigentum oder in gemischtwirtschaftlich-genossenschaftliche Betriebe» reden. Nur dann läßt sich, wie man dies in England tut, unzweideutig feststellen, daß sich die Parteiprinzipien immer noch «zum öffentlichen Besitz der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches bekennen». Es können dann keine Mißverständnisse entstehen, wenn, wie dies im Parteiprogramm der SPS geschieht, von «fairem Wettbewerb» gesprochen oder «die totale Staatswirtschaft abgelehnt wird» («Volksrecht» vom 15. Oktober 1959), wenn ferner, wie dies die deutsche Sozialdemokratie tut, gesagt wird: «Wettbewerb soweit als möglich, Planung soweit wie nötig.» Man weiß dann, was es bedeutet, wenn zum Beispiel die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die «Unternehmerinitiative» bejaht oder sich die SPS für die «Förderung des Wohlstandes für alle» sowie «gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle» ausspricht. «Alle» ist ein Wort, das seit Anbruch der ideologielosen Zeit gerne und oft verwendet wird. Dieses «Alle» muß in einer Demokratie logischerweise auch die ausdrückliche Anerkennung der privaten Unternehmer in sich schließen. Dies tut zum Beispiel der Amerikanische Gewerkschaftsbund. Obwohl im Einigungskongreß der beiden amerikanischen Landeszentralen (AFL und CIO) an der Wirtschaftspolitik der Regierung und der Unternehmer schärfste Kritik geübt wurde, wurde anderseits ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die «organisierte Arbeiterschaft auf die amerikanische Wirtschaft stolz ist». «Wir lieben», sagte Präsident Meany bei einer in diesem Zusammenhang abgehaltenen Zusammenkunft mit dem nationalen Unternehmerverband, «den Gedanken, daß wir als freie Menschen zusammentreten können. Wir lieben das System des freien Unternehmertums, das freie Gewerkschaften und Gewinne als Entgelt für angelegtes Kapital gestattet.» Daß dies keine Kapitulation vor dem Unternehmertum oder Verrat an der Arbeiterschaft bedeutet, beweisen gerade die amerikanischen Gewerkschaften, die auch heute noch, in der höchsten Hochkonjunktur für Arbeiter und Unternehmer, die schwersten und langwierigsten Streiks führen und nicht müde werden, gegen verfehlte Maßnahmen und Ansichten der Unternehmer und der Regierung anzukämpfen. Die amerikanischen Gewerkschaften und Gewerkschafter stehen auf diesem Standpunkt, weil sie überzeugt sind und dafür stichhaltige Zahlen angeben können, daß sich das «amerikanische System des privaten

Unternehmertums trotz seiner Mängel für die Lohnarbeiter viel günstiger ausgewirkt hat, als dies bei irgendeinem anderen sozialen System in der Geschichte der Menschheit der Fall war».

Gerade wenn man die Dynamik des freien Unternehmertums anerkennt, die sich nun in den USA in höchster Potenz zeigt, kann man auch, ohne mißverstanden zu werden, auf ihre akuten Gefahren und eventuell katastrophalen Uebersitzungen in der Zukunft hinweisen. Dies stände der Arbeiterbewegung besonders gut an, die ihre Stoßkraft in früheren Zeiten vor allem dadurch erhielt, daß ihre Ideologen weitreichende Blicke in die Zukunft taten und entsprechende Warnungen erließen. Schon vor 80 Jahren, als der Nachholbedarf, ja der Notbedarf, in der westlichen Welt noch beträchtlich war, sahen führende Sozialisten mögliche Uebersitzungen des liberalistischen Prinzips voraus. Sie ahnten die kommende wilde Produktion und Ueberproduktion, während andere «Ideologen» allerdings nicht damit rechneten, daß «kommunistische» Staaten nach 40jähriger Anlaufzeit noch in einer schlimmen Mangelwirtschaft stecken werden. Es sind Sozialisten gewesen, die gegen Ende des letzten Jahrhunderts davon sprachen, daß «die ungeordnete und ungezügelte Produktion schließlich zu einer an Raubbau grenzenden Wirtschaftsgebarung führen werde», daß schließlich eine «allgemeine und ungesunde Jagd nach dem Konsumenten» einsetzen müsse, daß sich die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft «einer schlimmen, durch übermäßige Produktivität entstehenden Ueberproduktion ausliefern werden», daß sie dadurch in körperliche, geistige und seelische Gefahren geraten können, ja in jene Verbürgerlichung der Lebensweise, die damals den «Bourgeois» vorgeworfen wurde, die «durch die ungeordnete und ausschließlich auf die Besitzenden zugeschnittene Massenproduktion zu einem ungesunden Massenkonsument gezwungen werden». Solche Feststellungen, die damals prophetisch waren, dürften heute als Warnung vor akuten Gefahren für «alle» wiederholt werden, zusammen mit Ausführungen von Resolutionen, in denen sich die Arbeiterbewegung national und international schon vor Jahrzehnten gegen «die plan- und zügellose Erweiterung des Produktionsapparates» und für jene Stabilitätsfaktoren einsetzte, die letzten Endes in jeder gesunden Wirtschaftspolitik vorhanden sein müssen. Daß man sogar in der hochkonjunkturfreudigen Schweiz mit Mahnungen obiger Art nicht allein ist, zeigten kürzlich Feststellungen, welche die «Gewerkschaftskorrespondenz» im Zusammenhang mit Ausführungen von Dr. Küng im Jahresbericht der Genossenschaftlichen Zentralbank machte, indem sie u. a. auf die «übersteigerte Dynamik der geschäftlichen Intensität», die «überforcierte Expansion», die «Aufblähung der Investitionen», die «Ueberdosierung des Produktionspotentials», die «Uebersteigerung des technischen Fortschritts» (Automation!) und andere wirtschaftliche Fiebererscheinungen hinwies.

Es ist kein Zufall, daß sich die oben angedeuteten Symptome in den USA, im Paradies der freien Wirtschaft, am deutlichsten abzeichnen. Dort ist der Spätkapitalismus und sind die Schlagwörter geboren worden, die man heute täglich in allen Ländern und allen Zeitungen, in allen Resolutionen und Empfehlungen für die Ueberwindung aller wirtschaftlichen Uebel und Gefahren liest: optimale Entfaltung aller Produktivkräfte, dauernd wachsende Produktion oder, wie man in USA sagt, «ever expanding economy», fortgesetzt steigender Lebensstandard, stetige Vergrößerung des Wohlstandes.

Als kürzlich Präsident Eisenhower wieder einmal auf die katastrophale Ueberproduktion in der Landwirtschaft der USA aufmerksam machte, in der sich Vorräte im Werte von etwa 50 Milliarden Franken angehäuft haben, deren Aufbewahrung allein 4 Milliarden Franken pro Jahr kostet, sagte er in einer Pressekonferenz fast gleichzeitig, daß ihm die Zukunft seiner vier Enkelkinder Sorgen bereite: «Ich will die Gewißheit haben, daß sie dasselbe Leben, wenn nicht gar ein besseres Leben als ich führen werden.» Man muß bedenken, daß die Ueberproduktion in der Landwirtschaft, so zum Beispiel von Butter, nicht allein eine Folge von «Arbeitsbeschaffung» und der dadurch bedingten Preisstützung ist, sondern auch ein Resultat des Umstandes, daß die Amerikaner infolge überreichlicher und falscher Ernährung, die sich in einem katastrophalen Ansteigen von Krebsanfälligkeit, Herzkrankheiten und andern Kreislaufstörungen äußert, in großem Umfang zum «dieting», zur leichteren Diät, übergehen, so zum Beispiel zum Konsum von Margarine und andern Pflanzenfetten (anstatt der gefährlichen Tierfette). Es ist die Reaktion auf Aeußerungen von Physiologen, wonach heute in den USA mehr Menschen an übermäßiger und falscher Ernährung sterben, als je an Unterernährung gestorben sind. Die Tatsache, daß der sog. Existenzbedarf (Brot, Milch usw.), der früher eine gewisse Stabilität der Produktion und des Absatzes garantierte, heute weitgehend gedeckt ist und die Menschen nun in der Befriedigung sonstiger Bedürfnisse (Wahlbedarf, Kulturbedarf) große Freiheit haben und ihre Laune walten lassen können, hat zur Folge, daß die Produzenten von Spezialitäten, zusätzlichen Gütern der freien Wahl usw. die «Jagd nach den Kunden» forcieren und deshalb ungezählte Milliarden für Reklame ausgeben müssen, worunter für Güter, die oft nicht nur fragwürdig, sondern sogar schädlich sind (Verfälschung oder gar Vergiftung von Nahrungsmitteln durch zweifelhafte Zusammensetzung, Manipulierung, Verpackung usw.). Hand in Hand damit geht eine ungeheure Verschwendug von Rohstoffen für allerlei «gadgets» und Nichtigkeiten. In diesem Wettrennen von Produzenten und Konsumenten werden Milliardenwerte vergeudet, so zum Beispiel bei der Verbesserung von Kühlschränken, die nicht nur auf Druckknopffunktion umgestellt werden, sondern bei denen auch noch der

Druckknopf ersetzt wird, für unbedeutende Änderungen in den jedes Jahr neuen Automobilmodellen usw.

Auch heute gibt es allerdings in den USA im reichen Kleid von Onkel Sam noch «Armutstaschen». Solche Inseln werden in jeder Gesellschaftsordnung vorhanden sein, wie man in den «Volksdemokratien» feststellen kann. Der Nachholbedarf in Europa ist da und dort noch groß, wobei es sich vor allem um den Ausgleich zwischen den Löhnen organisatorisch begünstigter und traditionell «unterentwickelter» Berufe und Beschäftigungen handelt. Sicherlich darf jedoch gesagt werden, daß sich Fehlentwicklungen, Fehlproduktion und Fehlkonsum, wie sie oben für die USA angemerkt wurden, auch in Europa bereits da und dort feststellen lassen: beträchtlicher Rückgang des Konsums von Getreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten, das heißt einer physiologisch gut ausgewogenen Diät, Umstellung auf oft fragwürdige, aber schmackhafte Ersatzprodukte, übertriebene Erhöhung des bei geringerer körperlicher Arbeit gesundheitsschädlichen Konsums von Fetten, von Zucker usw., das heißt allgemein von Kohlehydraten. Kürzlich hat die Eidgenössische Ernährungskommission einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß ein Ruchbrot aus einem Mehl mit einem Ausmahlungsgrad von über 82 Prozent in ernährungsphysiologischer Hinsicht als ideales und gesundheitlich vollwertiges Nahrungsmittel zu betrachten ist. Die Kommission verfolgt den zunehmenden Konsum an raffinierten und daher vitaminarmen Lebensmitteln aus Weißmehl sowie von Weißgebäck und Zucker mit Beunruhigung. Sie weist darauf hin, daß die natürlichen Nahrungsmittel den stark raffinierten vorzuziehen sind, auch wenn letztere nachträglich mit synthetischen Stoffen angereichert werden. Sie warnt somit gegen den Weg der USA, wo im Interesse der Rationalisierung (Arbeitsersparung) das Mehl derart sterilisiert wird, daß das Brot eine Gefahr für das amerikanische Volk wäre, wenn sein Konsum nicht rückgängig wäre oder nicht durch natürliche oder künstliche Vitamine angereichert würde. In Europa ist der Brotkonsum in den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes seit 1940 um 10 Prozent zurückgegangen. Auch bei uns, wie in den USA, treten beschäftigungspolitische und konsumpolitische Erwägungen zueinander in Gegensatz: Ueberproduktion und Fehlproduktion einerseits und die Forderung auf Vollbeschäftigung anderseits.

Wenn man nach den tieferen wirtschaftspolitischen und strukturellen Ursachen sucht und sich fragt, weshalb sich heute alle politischen Parteien, Arbeiter- und Unternehmerorganisationen in der Forderung der sich dauernd erweiternden Wirtschaft und des sich dauernd verbessernden Lebensstandards weitgehend einig sind, so kann vor allem in den USA, aber auch in andern Ländern, die Antwort gegeben werden, daß man zu einer gewissen Uebereinstimmung und Befriedung gekommen ist, weil man glaubt, bei

der Aufteilung des Kuchens des wirtschaftlichen Erfolgs auf Grund der unbeschränkten Produktionsmöglichkeiten nicht mehr in erster Linie über den Verteilungsschlüssel streiten zu müssen, sondern sich über solche «ideologische» Erwägungen hinwegsetzen könne durch die Herstellung eines immer größeren Kuchens, bei dessen Verteilung jeder besser auf seine Rechnung kommt. Tatsache ist jedoch, daß bei der Beibehaltung des alten Verteilungsschlüssels der Produzent immer noch viel besser wegkommt, so daß die Unzufriedenheit bleibt und der Kuchen *noch* größer gemacht werden muß: Es ist eine Schraube ohne Ende, ein forciertes Wachstum, das schließlich, wie es im Falle der ernährungsphysiologischen Ueberlegungen beim menschlichen Körper gezeigt wurde, zu krebsartigen Wucherungen und zum Zerfall führen kann, so zum Beispiel zum Mangel infolge von Ueberfluß (produktionsmäßige Fehlleitungen), kapitalmäßiger Blutarmut (fehlgeleitete Investitionen) usw. Auch auf diesem Gebiet – vor allem auf diesem Gebiet! – sollte, um absoluten Lösungen, Extremen und Extremisten zuvorzukommen, ein Weg der Mitte gefunden und beschritten werden!

Dies sind einige Probleme, die für die Zukunft geordneten und friedlichen Zusammenlebens ausschlaggebend sein können und die sich heute schon deutlich abzeichnen. Zu diesen Fragen gehören im Weltmaßstab vor allem auch die Verschwendungen und Verschleuderung von Rohstoffen, die Tatsache, daß in diesem Jahrhundert für teilweise sehr überflüssige Zwecke mehr Rohstoffe in Anspruch genommen worden sind als in allen früheren Zeiten zusammengekommen. Was solche Entwicklungen bedeuten können, zeigte schon vor Jahren, als die Schändung der Welt noch nicht die heutigen Ausmaße erreicht hatte, der amerikanische Paley-Bericht, in dem unter der Annahme maximaler Rohstoffvorkommen gezeigt wurde, daß bei Angleichung des Lebensstandards der unterentwickelten Völker an jenen der USA (ein Ziel, das in den USA jeden Tag verkündet wird) wichtigste Rohstoffe in wenigen Jahren aufgebraucht sein würden. Um ein typisches Beispiel sorgloser Verschwendungen zu nennen, möge darauf hingewiesen werden, daß die amerikanischen Zeitungsbetriebe für eine einzige Sonntagsnummer (die oft Hunderte von Großformatseiten umfaßt) das Holz von umfangreichen Waldbeständen verschlingen, so daß man sich schon heute fragen muß, ob schädliche Klimaänderungen auf diesen Raubbau zurückzuführen sind. In der Vergangenheit sind wegen Raubbau an den Gütern der Natur ganze Völker und hohe Kulturen vom Erdboden verschwunden! Die vom Westen mit riesigen Schritten fortschreitende Verstepfung der USA ist auf solche Sünden und andere Vergewaltigungen der Natur zurückzuführen. In dieses Kapitel gehören auch die auf schlimmsten Raubbau ausgerichtete Benützung und Verschmutzung des Wassers. Die Senkung des Grundwasserspiegels wird in großen Gebieten der USA bald einmal zu

einer Existenzfrage werden. Auch bei uns in der alten Welt redet man von den ernsten Folgen der Verschmutzung und Verschwendug des Wassers sowie von der Versteppung Mitteleuropas infolge der Senkung des Grundwasserspiegels. Schon heute ist laut Feststellungen der Weltgesundheitsorganisation die Trinkwasserversorgung für mindestens drei Viertel der Weltbevölkerung ungenügend. Alle diese Erscheinungen gehören zum «Dilemma des Ueberflusses», das im Grunde genommen das Dilemma der ruchlosen Plünderung der Erde ist und früher oder später zum viel schlimmeren Dilemma der nicht wieder gutzumachenden Erschöpfung lebenswichtiger Rohstoffe, des Pflanzlandes usw. führen kann, wozu auch die Dezimierung und Ausrottung unzähliger Pflanzen und Tiere gehören. Alle diese Probleme lassen sich in der Frage zusammenfassen, ob wir gegenüber den uns folgenden Generationen Verantwortungen haben oder nicht. Die Arbeiterbewegung, die heute wie gestern gegen den Taumel des Geldverdienens und der Raffgier, gegen die Auswüchse der Kapitalanlage um der Kapitalanlage willen stand, könnte die Antwort geben und sie zum Ausgangspunkt des Kampfes für neue Wege und neue Ziele machen sowie zur Fortsetzung ihrer besten Traditionen und Ideologien.

Die USA, wo leichter Optimismus und hemmungsloser Zukunfts-glaube gleicherweise Trumpf sind wie unsentimentale Ueberlegungen über ihre eventuellen Folgen, können uns zum nützlichen Nachdenken veranlassen, so insbesondere mit ihrem «forecasting», der Vorausberechnung und Voraussage von Entwicklungsmöglichkeiten auf Jahrzehnte hinaus. In einer dieser neueren Arbeiten, im Bericht des maßgebenden «Komitees für wirtschaftliche Entwicklung», befassen sich Spezialisten mit den Einkommenserhöhungen, die sich im Laufe der sich fort dauernd erweiternden Wirtschaft ergeben sollen. Es wird damit gerechnet, daß der Durchschnittslohn in den USA nach Abzug der Steuern im Jahre 1975 die Höhe von 7100 Dollar erreichen wird. «Fortune», die repräsentative Zeitschrift der Unternehmer, kommt in ihren Schätzungen schon für das Jahr 1970 für 45 Prozent aller amerikanischen Familien auf mehr als 7500 Dollar. Andere Spezialisten halten es für wahrscheinlich, daß ein ungelernter Fabrikarbeiter im Jahre 2000 10 000 Dollar und in hundert Jahren 15 000 bis 20 000 Dollar (etwa 85 000 Fr.) verdienen wird. Was die Folgen betrifft, so wird zugegeben, daß sie vielfältig sein und nicht vorausgesehen werden können. Eine Folge jedoch werde sicher eintreten: «Die Leute, die nicht haben und deshalb müssen, werden von jenen abgelöst werden, die haben und nicht müssen. Diese werden die Mehrheit darstellen.» Während die Menschen heute noch sehr von der Wirtschaft abhängig, ja ihr ausgeliefert seien, werde bald einmal die Wirtschaft den Menschen ausgeliefert sein. Mit andern Worten: «Es wird äußerst schwer und in vielen Fällen unmöglich werden, Leute für die sogenannten

schmutzigen und gefährlichen Arbeiten zu finden, da sie sich Beseres leisten können.» Die Arbeitsfreiheit, die freie Wahl der Beschäftigung, eine der größten und schönsten Errungenschaften einer freien Gemeinschaft, könnte dadurch gefährdet werden. Solche Probleme stellen sich übrigens da und dort schon heute. In den USA müssen für eine ganze Reihe von Arbeiten, so hauptsächlich für den Bergbau, wo die Löhne einmal am schlechtesten waren und jetzt zu den besten zählen, zum großen Teil Neger sowie Arbeiter aus Ländern mit niedrigen Löhnen herangezogen werden (Mexiko, Puerto Rico usw.). In England, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, behilft man sich mit Arbeitern aus Ländern Südeuropas, mit einer Lösung, die man als interne Kolonialarbeit bezeichnen kann oder, wie man dies in England tut, als «neues Söldnerwesen». Auch in der Schweiz macht man sich Sorgen darüber, ob man, wenn die Konjunktur einmal rückläufig würde und die Fremdarbeiter in ihr Land zurückkehren müßten, für gewisse Arbeiten wieder einheimische Kräfte finden könnte.

Bei der sich stetig erweiternden Wirtschaft stellen sich besonders einschneidende Fragen im Verhältnis zu den unterentwickelten Ländern. Die Diskrepanz zwischen den Löhnen und dem Lebensstandard der fortgeschrittenen Länder und jenen der unterentwickelten Länder wird immer größer werden, und zwar schon deshalb, weil die Bevölkerungszunahme in den unterentwickelten Ländern viel größer sein wird als in Europa. Ein Spezialist des Carnegie-Instituts für Technologie hat berechnet, daß, wenn die Produktion Lateinamerikas jährlich um 2,5 Prozent pro Kopf wachsen würde (was sehr viel wäre!), es angesichts der voraussichtlichen Zunahme der Einkommen in den USA mehr als 250 Jahre dauern würde, bis das Einkommen in Lateinamerika ein Drittel jenes der USA erreichen würde. «Man kann sich vorstellen», heißt es in diesem Zusammenhang, «wie die psychologische Auswirkung in Lateinamerika wäre. Es würde uns ein Haß und eine Verachtung entgegengebracht, die man sich nicht vorstellen kann.» Ähnliche Überlegungen gelten für Europa im Hinblick auf die Verhältnisse in Afrika, im Nahen und Fernen Osten usw.

Solche und andere Erwägungen sind es, die weitblickende Nationalökonomen zur Schlußforderung veranlassen, daß die Idee eines wirtschaftlichen Wachstums um jeden Preis und in jeder Richtung von derjenigen eines gesunden Fortschritts getrennt werden müsse. Ein Amerikaner, der es angesichts seiner umfassenden Ortskenntnis wissen muß und der sich seine Aufgaben nie leicht macht, *Georg Kennan*, wies kürzlich auf die moralischen Schäden und Mängel der überentwickelten amerikanischen Massenkonsumgesellschaft hin. Er sagte in diesem Zusammenhang u. a.: «Keine Ideologie kann dem modernen Industrialismus wirklich gewachsen sein, die nicht mit äußerster Skepsis jeglicher technischer Neuerung jenseits der

Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse gegenübersteht und die nicht bereit ist, die technische und wirtschaftliche Expansion unter strikteste öffentliche Kontrolle zu stellen.» Jede Gesellschaft, welche die Produktion um der Produktion und die Expansion um der Expansion willen betreibe, sehe sich unvermutet vor das Problem gestellt, den Ueberschuß der Produktion in Form von Freizeit zu konsumieren. Sie sehe sich überschwemmt von einem Angebot der Freizeitindustrien, das seinerseits ausschließlich auf dem Grundsatz der Produktion um der Produktion willen, der reinen Quantität, beruhe.

Kennan berührt eine Forderung, über die erfreulicherweise in allen fortgeschrittenen Ländern und Lagern, auch wenn die stetig wachsende Wirtschaft bejaht wird, weitgehend Einigkeit besteht und die bei den meisten in diesem Kapitel berührten Problemen direkt oder indirekt gesunde Lösungen bringen kann: die *Verkürzung der Arbeitszeit*, die Erhöhung des Konsums von Freiheit. Diese Forderung wird vor allem von den Gewerkschaften aller Länder als vordringlich bezeichnet.

Daß Kennan mit einer gewissen Besorgnis von diesem Konsum von Freiheit spricht, ist begreiflich, kommt er doch aus einem Land und gehört er einem Kulturkreis an, in dem das Geldverdienen seit den Zeiten des aufsteigenden Industrialismus als höchste Tugend gilt. Die Puritaner, die in England und in den USA mit der Industrialisierung den Kapitalismus begründeten, die sogenannte «protestantische Askese», haben die Ausbeutung der Arbeitswilligkeit legalisiert. Sie haben den Menschen eingebüllt, daß Zeit Geld ist und sein muß. Sie haben das Besitzstreben zu einem Hebel der göttlichen Ordnung gemacht. Vor ihrer Zeit wurde die Arbeit während Jahrhunderten als notwendiges Uebel betrachtet. Bei den alten Griechen, die im Aufbau einer hohen Kultur sowie in der Freizeitbeschäftigung mit Politik, Philosophie und Literatur den Hauptzweck des Lebens sahen, galt die Arbeit, wenn sie in «vulgäre Beschäftigung» ausartete, als Schande. Man überließ sie den Sklaven und glaubte, daß ohne Sklaven kein lebenswertes Leben und keine höhere Gesellschaftsform möglich seien. Daß die Sklaven Menschen waren, ließ man allerdings außer acht. Heute haben wir jedoch Sklaven, bei deren Ausnützung wir kein schlechtes Gewissen zu haben brauchen und die wir deshalb einsetzen sollen: die Maschinen (wzu allerdings zu sagen ist, daß auch sie uns zum Fluch werden können).

Auch auf diesem Gebiet kann man Propheten und Ideologen in der Arbeiterbewegung finden, ja sogar einen bekannten Marxisten: *Paul Lafargue* (Schwiegersohn von Marx). In seiner ebenso witzigen wie vorausschauenden kleinen Schrift «Das Recht auf Faulheit», die, allerdings ein wenig verfrüht, zu einer Zeit erschien, da noch allerlei materieller Nachholbedarf vorhanden war, nämlich

im Jahre 1883, kommentiert Lafargue den griechischen Dichter *Antiparos*, der nach der Erfindung des Wasserrades für das Mahlen von Getreide die Emanzipation der Frauen und das Goldene Zeitalter versprach, wie folgt: «Die schönen Zeiten, die uns der heidnische Dichter versprach, sind leider nicht gekommen. Die blinde, perverse und menschenmörderische Leidenschaft der Arbeit machte die befreiende Maschine zu einem Instrument der Versklavung freier Menschen.» Lafargue feierte *Lykurg*, der angeblich den freien Bürgern seiner Republik jegliche Arbeit verbot. Er macht der Französischen Revolution den Prozeß, die die jährlich 38 kirchlichen Feiertage (außer den 52 Sonntagen!) abschaffte und die 7-Tage-Woche einführte. Der Marxist Lafargue könnte heute den Herren der Länder des Marxismus-Leninismus ähnliche Vorwürfe machen! Er könnte uns Westeuropäern den Verweis erteilen, daß wir uns kleinlich um eine bis zwei Ferienwochen streiten. Lafargue sah im Jahre 1883 den Zeiten entgegen, da ein Arbeitstag von 3 Stunden ausreichend sein könnte, die Bedürfnisse eines anständigen Lebens zu befriedigen, wozu er vor allem auch kulturellen und geistigen Wahlbedarf zählte. Lafargue hat nicht weit gefehlt. Die 4- bis 5-Tage-Woche ist heute im Bereich der Möglichkeit, ja sie kann in der elektronischen Welt eine Notwendigkeit werden, wenn wir im möglichen Ueberfluß nicht ersticken und im Raubbau an uns selber und den Schätzen der Welt nicht zugrunde gehen wollen. Der «Twentieth Century Fund», eines der angesehensten Forschungszentren der USA, prophezeit, daß der Amerikaner in 100 Jahren bei einer Tagesarbeit von 7 Stunden so viel produzieren werde wie heute in der Woche von 40 Stunden. Wir haben das elektronische Hirn erfunden. Es rechnet uns, so heißt es, vor, daß die Arbeit in 1500 Jahren völlig überflüssig sein wird. Die Maschinen, unsere Sklaven und Roboter, werden uns Gelegenheit geben, den alten Griechen nachzueifern. Werden wir uns dieses Loses würdig erweisen und eine Kultur schaffen, die sich mit jener der Griechen messen kann? Dies allein würde eine solche Entwicklung rechtfertigen!

\*

Ob es um Menschliches oder Wirtschaftliches, um Kleines oder Großes geht, ob es sich um naheliegende Sorgen des Alltags, wie Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen usw. handelt, um Aspirationen im nationalen oder internationalen Rahmen, immer stellen wir wieder fest, daß die Lösungen über uns hinaus deuten und doch nur in uns selber gefunden werden können, daß es keine absoluten Lösungen gibt, jedoch Ziele, Symbole und Ideale zur Hochhaltung unserer Spann- und Treibkraft trotzdem notwendig sind. Wenn solche Ziele ohne den bornierten und intoleranten Wunsch verfolgt werden, daß nur sie die Lösung bringen können und sie bringen müssen, brauchen wir uns ihrer, das heißt unserer Ideologie, nicht

zu schämen. Im Gegenteil! Schon Jaurès hat bei jeder Gelegenheit gesagt, daß es gilt, die Wirklichkeit zu begreifen und zu meistern und gleichzeitig nach einem Ideal zu streben.

Wie sehr solche Ueberlegungen stimmen, zeigt uns gerade das höchste Anliegen unserer Zeit: die Suche nach einem Europa, das nach innen und außen lebensfähig ist, und das Suchen nach einem Ausgleich zwischen der sogenannten fortgeschrittenen und der sogenannten unterentwickelten Welt.

Europa ist heute noch kaum ein Begriff. Man hat dafür aus einer Art schlechtem Gewissen heraus den faden Namen Integration erfunden, mit dem sich kaum jene begeisterungsfähigen und opferwilligen Kräfte finden und mobilisieren lassen, ohne die kein tragfähiges Europa zustande kommen kann. Die «Integration» entspricht – nomen est omen – dem jetzigen Stand der Entwicklung: jedes Land ist darauf aus, dem aufzubauenden Europa seine eigenen Interessen zu integrieren, die oft zu allen anderen und vor allem den Interessen eines lebensfähigen Europas im Gegensatz stehen. Was man selber gerne möchte, nennt man Integrationswillen. Die Opfer an Souveränität und die wirtschaftlichen Opfer, die man bringen sollte und ohne die es nicht abgehen kann und wird, werden als Hegemoniewillen der andern abgetan. Wer glaubt, ein zwischen den Weltmächten der USA und der UdSSR lebensfähiges Europa könne ohne politische, wirtschaftliche und Opfer an Souveränität als eine Art «Fünfer-und-Weggli-Europa» errichtet werden, der ergreht sich in Wunschträumen oder glaubt nicht an die europäische Sendung. Daß die eigenen und sofortigen Interessen insgesamt geopfert werden müssen, kann natürlich nicht in Frage kommen. Es sind insbesondere die staatlichen Behörden und die Wirtschaftsorganisationen, die sie zu verfechten haben, denn *sie* sind weitgehend für Arbeit und Brot verantwortlich. Die Wirtschaftsorganisationen jedoch dürfen und sollen darüber hinaus auch *weiter* denken, weil sie es vor allem auch mit der Zukunft zu tun haben: mit der Ideologie! Sie dürfen sich fragen, ob es sich bei den Entwicklungen in unserer weitgehend schon gebundenen Welt um augenblicksbedingte, rein materiell-funktionelle oder um auf die Zukunft gerichtete höhere institutionelle Maßnahmen handelt, wo und bei wem wahrhafte Ansätze zu einem lebensfähigen Europa zu finden sind: bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Freihandelsassoziation, der OEEC usw. Als solche Ansätze können die permanente Koordinierung auf politischem und konjunkturpolitischem Gebiet betrachtet werden, ferner Probleme des Austausches von Arbeitskräften, der Sicherung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer im erweiterten Raum, der Bestandesaufnahme der Arbeitsmöglichkeiten, der Umschulung freigesetzter und emigrationswilliger Arbeitnehmer usw., das heißt Maßnahmen, die nach jenem Europa tendieren, das angeblich alle anstreben, aber nie-

mand beim Namen nennen will. Die Wirtschaftsorganisationen dürfen und sollen jene Gutwilligen mobilisieren, die fundamentale Änderungen nicht scheuen, die national und international jene Kräfte verkörpern wollen, die nicht nur an die Befriedigung sofortiger Wünsche des Lebens denken. Solche Kräfte sollen und müssen in erster Linie im Kreise der Jungen gefunden werden, die im neuen Europa zu leben haben werden. Die Jugend will sich allerdings nicht mit kleinen wirtschaftlichen Vorteilen des heutigen Lebens herumschlagen, und zwar deshalb, weil sie diese Vorteile bereits genießt und als selbstverständlich betrachtet. Die heutige Jugend fordert das Tempo des Atomzeitalters und lässt sich für Ziele erwärmen, die diesem Tempo angemessen sind. Dies zeigt sich zum Beispiel und kann sich in vermehrtem Maße zeigen auf dem Gebiet der technischen und sonstigen Hilfe für die unterentwickelten Länder. Dort lassen sich u. a. Energien expansiver Jugendlicher einspannen, denen es in der wohlgeordneten Heimat zu eng wird. Schon vor 40 Jahren war es ebenfalls die Jugend, die sich für Pan-europa, für die Vereinigten Staaten von Europa, begeisterte. Solche Ziele galten damals als Utopie. Damals war keine Not am Tag, heute aber wird Europa sich nur halten können, wenn es die Vereinigten Staaten Europas zwischen den Vereinigten Staaten der USA und der UdSSR wird. Jene Nachdenklichen, die mit einem gewissen Recht gegen Supergebilde und Großräume sind, müssen bedenken, daß es unvermeidbare Entwicklungen geben kann, die, entgegen unsren Wünschen und Neigungen, gerade zur Erhaltung von Kleinem Größeres erfordern. War es nicht so beim Uebergang von der alten zur neuen Eidgenossenschaft? Es gibt noch viele andere Beispiele, so jenes des kulturell und geistig so erfreulichen alten Griechenlandes. Es wurde wegen seiner materiellen und politischen Zerrissenheit und Saumseligkeit von den Barbaren überrannt. Auch uns drohen allerlei Barbareien: von Osten und von Westen!

In diesem Geiste stellt sich auch, wie wir bereits angedeutet haben, die Frage der unterentwickelten Länder. Auch sie fordert in erster Linie Verzicht und Opfer: ideologischen Verzicht und Opfer an Geld. Wir müssen uns für diese Ziele nicht nur deshalb aufraffen, weil sie für uns lebenswichtig sind, sondern im Gedanken daran, daß alle Völker, die nicht mehr imstande oder willens sind, über sich selbst und die eigenen materiellen Interessen hinaus zu denken, früher oder später untergehen. Was not tut, ist eine weltweite Politik des Ausgleichs der verschiedenen Lebensniveaus, wobei wir die unterentwickelten Völker nicht nur befreien, sondern auch dafür sorgen sollen, daß sie mit unserer Freiheit nicht auch unsere Fehler übernehmen. Bundesrat *Wahlen*, der aus der großen Welt, ihren Anliegen und Sorgen, in unser kleines Land zurückgekehrt ist und seine frühere Berufung und Mission nicht vergessen hat,

kann uns sagen und hat uns gesagt, wo und wie wir über unseren kleinen Kreis hinaus wachsen können und sollen. Von der Lösung von Fragen, wie sie in diesem letzten Abschnitt u. a. in den Vordergrund gestellt werden, hängt nach seiner Ansicht die Zukunft der Welt und unsere eigene Zukunft in hohem Maße ab. «Wir stehen», so sagt er, «vor einem Aufruf der Weltgeschichte, wie er in diesem umfassenden und dringenden Sinne noch nie an eine Generation ergangen ist.» ... «Die sich aus dieser Lage als zwingend notwendig ergebende Tat des Westens heißt: eine großzügig konzipierte, großmütig, beharrlich und weitblickend ausgeführte technische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die Entwicklungsländer.»

Man kann einwenden, daß sich viele der in den vorangehenden Ausführungen gemachten Anregungen auf Forderungen und Aufgaben beziehen, die keine unmittelbaren materiellen Vorteile versprechen, sondern im Gegenteil uneigennützige Begeisterungsfähigkeit, Hingabe und Opfer verlangen. Hat jedoch nicht die Arbeiterbewegung ihren Aufschwung zur jetzigen Machtstellung auf Grund solcher Aufgaben und Tugenden erreicht? Wenn heute eine gewisse Stagnation eingetreten ist, so u. a. deshalb, weil der Erfolg heute vielfach nur noch nach dem Mitgliedergewinn und den Wahlresultaten bemessen wird, weil man sich mit Sofort-, Tages- und Gegenwartsprogrammen zufrieden gibt und allein in ihnen den Hebel zu weiteren Erfolgen erblickt. Wenn schon der materialistische Marxismus aufgegeben worden ist, sollte man auch die Konsequenzen ziehen und sich an jenen Sozialismus erinnern, den die Marxisten als Utopismus verhöhnten und verhöhnen, an den Sozialismus jener sozialistischen Pioniere, die nach einer ethisch besseren Gesellschaftsordnung strebten und den Glauben an einen höheren Lebensstil sowie an moralische Werte pflegten.

*E. F. Rimensberger.*